EINGEGANGEN

22. April 2005

Verfassungsgerichtshof
Judenplatz 11
1010 Wien

MAG. JOSEF PHILLIP BISCHOF
MAG. WILFRIED EMBACHER
MAG. DR. ROLAND KIER
UNIV.-DOZ. DR. RICHARD SOYER

RECHTSANWÄLTE

Wien, am 20.04.2005
am/we

Beschwerdeführer:vertreten durch:

die erziehungsberechtigten Eltern:

diese vertreten durch: (R 134114)

Mag. Josef Phillip BISCHOF
Mag. Wilfried EMBACHER
Mag. Dr. Roland KIER
Univ.-Doz. Dr. Richard SOYER
Rechtsanwälte
(Vollmacht erteilt gemäß § 8 RAO)

belangte Behörde:

Datenschutzkommission
1010 Wien, Ballhausplatz 1

wegen:

Bescheid vom 11. März 2005,
GZ K120.991/0006-DSK/2005

Beschwerde gemäß Art 144 B-VG

3-fach
1 Beilage

A-1010 Wien
Kärntner Ring 6
tel +43 1 503 24 04
fax +43 1 503 24 04 - 11
office@anwaltsbuero.at
www.anwaltsbuero.at

Gegen den Bescheid der Datenschutzkommission vom 11.3.2005, GZ: K120.991/0006-DSK/2005, zugestellt am 18.3.2005, erhebt der BF fristgerecht

BESCHWERDE gem Art 144 B-VG,

wegen Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte mit dem Antrag, den angefochtenen Bescheid seinem gesamten Umfang nach aufzuheben.

I. Sachverhalt

Der Beschwerdeführer (BF) ist Schüler des [REDACTED]. Im Rahmen seiner Anmeldung bei dieser Schule wurde von den Eltern des BF die Sozialversicherungsnummer des BF bekannt gegeben.

Da der BF die Ansicht vertrat, dass die Bestimmungen des BildungsdokumentationsG (BDG) mit dem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht auf Schutz seiner personenbezogenen Daten nicht vereinbar sei, verlangte er mit Schreiben vom 16.6.2004 die Löschung seiner Sozialversicherungsnummer und widerrief alle eventuell erteilten Zustimmungen zur Verwendung seiner Sozialversicherungsnummer.

Mit Schreiben vom 29. Juli 2004 (GZ I Da 1/6-2004) wurde dieses Begehren vom Landesschulrat für die Steiermark abgelehnt. In der Begründung dieses Schreibens wurde lediglich auf die gesetzlichen Bestimmungen des BDG verwiesen.

Der BF – mittlerweile vertreten durch den Verein ARGE DATEN – brachte daraufhin eine Beschwerde bei der Datenschutzkommission ein. Darin wurde vorgebracht, dass durch das BDG eine Bildungsevidenz „für Zwecke der Planung, der Steuerung, der Wahrung der gesetzlichen Aufsichtspflichten, der Bundesstatistik und der Verwaltungsstatistik“ eingerichtet werde. Diese Zwecke könnten jedoch ohne die Verwendung der Sozialversicherungsnummer ebenfalls erreicht werden. Folglich sei die Verwendung der Sozialversicherungsnummer für die Zwecke der Bildungsevidenz nicht erforderlich. Da eine Verwendung von Daten aber nur insoweit zulässig sei, als die Datenverwendung einem zulässigen Zweck diene und ein Eingriff in das Grundrecht auf Geheimhaltung personenbezogener Daten nur mit den geringsten Mitteln erfolgen darf, sei die Verwendung der Sozialversicherungsnummer des BF zu Zwecken der Bildungsdokumentation nicht zulässig.

Es wurde daher der Antrag gestellt, die Datenschutzkommission möge dem Landesschulrat für die Steiermark auftragen, alle Daten, deren Verwendung nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzrichtlinie der EU und des DSG 2000 stehen und insbesondere die Sozialversicherungsnummer zu löschen bzw. für jede weitere Verwendung zu sperren. Weiters sollte der Antragsgegner alle Empfänger dieser Daten von der erfolgten Löschung

und der damit verbundenen Rechtswidrigkeit der weiteren Verarbeitung dieser Daten informieren.

Die Datenschutzkommission hat diese Beschwerde mit Bescheid vom 11.3.2005, GZ K120.991/0006-DSK/2005 abgewiesen. In der Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass es der Datenschutzkommission an einer Kompetenz zur Prüfung der behaupteten Verfassungswidrigkeit der §§ 3, 5 und 8 BDG mangle.

Gegen diesen Bescheid richtet sich die vorliegende Beschwerde an den VfGH.

II. Zulässigkeit der Beschwerde:

Gegen den angefochtenen Bescheid ist ein weiteres ordentliches Rechtsmittel nicht mehr zulässig, der Instanzenzug ist somit ausgeschöpft. Der angefochtene Bescheid wurde am 18.3.2005 zugestellt. Die Beschwerde wurde daher fristgerecht, d.h. innerhalb der 6-wöchigen Frist beim VfGH eingebracht.

III. Beschwerdegründe

1. Aufgrund § 73 Abs 3 BundesstatistikG 2000 ist mit 31.12.2002 die bis dahin geltende Rechtsgrundlage für die Bundesstatistik „Schulen und Hochschulen“ als verwaltungsinterne Statistik des BMBWK in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ bzw als Statistik gem § 33 Universitäts-StudienG entfallen. Um dennoch weiterhin eine statistische Auswertungen im schulischen und universitären Bildungsbereich für Zwecke einer gesamtösterreichischen Bildungsplanung zu ermöglichen, wurde mit dem BDG (BGBl I 12/2002, zuletzt geändert BGBl I 169/2002) eine neue Rechtsgrundlage für die Bildungsstatistik geschaffen.

Gem § 3 BDG („Lokale Evidenz der Schüler“) haben die dort genannten Schulen, namentlich die Leiter der jeweiligen Bildungseinrichtungen, bestimmte schülerbezogenen Daten zu verarbeiten, darunter u.a. die Sozialversicherungsnummer, die Namen, das Geburtsdatum und den Schulerfolg der Schüler. Diese Befugnis stellt gegenüber der davor geltenden Rechtslage noch keine Neuerung dar. Der Umfang der im schulischen Bereich zu ermittelnden Daten war bis zum Inkrafttreten des BDG allerdings nur indirekt über im Schulrecht verstreute Bestimmungen festgelegt (§ 16 SchulpflichtG, §§ 22, 56, 61, 77 SchUG). § 3 BDG regelt somit die Verarbeitung personenbezogener Daten, die an den Bildungseinrichtungen bereits vor dem BDG aufgrund einschlägiger schulrechtlicher Vorschriften verfügbar und zum Vollzug der schulrechtlichen Vorschriften (etwa Zeugnisausstellung) erforderlich waren.

Eine Neukonstruktion ist hingegen, dass gem §§ 6, 9 und 10 BDG eine Übermittlung von schülerbezogenen Daten an das BMBWK („Gesamtevidenz der Schüler“) und an die Bundesanstalt „Statistik Österreich“ („Bundesstatistik zum Bildungswesen“,

„Bildungsstandregister“) vorgesehen ist. Zu diesem Zwecke verpflichten die §§ 6 Abs 2 und 9 Abs 2 BDG den Leiter oder den Rechtsträger der in § 2 Abs 1 lit a bis f und h genannten Bildungseinrichtungen, zu bestimmten Stichtagen bestimmte personenbezogene Daten der Schüler ihrer Bildungseinrichtung dem BMBWK für Zwecke der Gesamtevidenz der Schüler bzw der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ zum Zwecke der Erstellung einer Bundesstatistik zum Bildungswesen und des Bildungsstandregisters zu übermitteln. Zu diesen personenbezogenen Daten zählt in beiden Fällen auch die Sozialversicherungsnummer der Schüler. Sofern eine Sozialversicherungsnummer nicht besteht, hat die Bildungseinrichtung an Stelle dieser eine eindeutige Ersatzkennzahl zu bilden und zu verwenden (§ 5 Abs 2).

Nach Eingang eines Datensatzes gem § 6 Abs 2 beim BMBWK und nach Weiterleitung einer Kopie dieses Datensatzes an die Bundesanstalt „Statistik Österreich“ (§ 9 Abs 2) ist die Sozialversicherungsnummer im jeweiligen Datensatz nicht rückführbar zu verschlüsseln, sodass bei der Speicherung in der entsprechenden Gesamtevidenz an die Stelle der Sozialversicherungsnummer die durch ihre Verschlüsselung gewonnene Bildungsevidenz-Kennzahl (BEKZ) tritt, wobei ein und dieselbe Sozialversicherungsnummer bei der Verschlüsselung jeweils dieselbe BEKZ zu ergeben hat.

Auch wenn gem dem Gesetzestext des § 5 Abs 2 BDG in der Gesamtevidenz die Daten der Schüler nur indirekt personenbezogen zu speichern sind, ändert dies nichts daran, dass die Sozialversicherungsnummern der Schüler vom BMBWK als unmittelbar personenbezogene Daten verwendet und verarbeitet (iSd § 4 Z 8, 9 DSGVO) werden. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Bestimmung des § 8 Abs 1 Z 5 BDG. Danach kommt dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger eine Abfrageberechtigung auf die Gesamtevidenz unter Angabe einer Sozialversicherungsnummer zu, woraus sich ergibt, dass es eben sehr wohl zu keiner bloßen Speicherung in Form indirekt personenbezogener Daten kommt.

Die Bundesanstalt „Statistik Österreich“ enthält vom BMBWK die im Datensatz nicht verschlüsselte Sozialversicherungsnummer als unmittelbar personenbezogene Daten und unterliegt hinsichtlich ihrer Verwendung lediglich den spezifischen Anforderungen des BundesstatistikG 2000 (§§ 15 bis 17).

Die Notwendigkeit der Übermittlung und Speicherung der Sozialversicherungsnummern der Schüler wird in den EBRV (832 BlgNR, XXI. GP) damit begründet, dass der Registeraufbau und die Registerzählung „Identifikatoren“ erforderten. Insbesondere dann, wenn eine Verknüpfung mit anderen Registern, etwa dem Zentralen Melderegister, erforderlich sei. In Ermangelung einer verfügbaren allgemeinen Personenidentifikationsnummer sei daher die Verwendung der Sozialversicherungsnummer als Verbindungsinformation vorgesehen, sodass eine regionale Verteilung von Datensätzen in statistischen Auswertungen darstellbar werde. Überdies stelle die Sozialversicherungsnummer ein notwendiges Instrument zur effizienten Gestaltung von Verwaltungsabläufen dar.

2. Der BF beehrte in seinem Antrag an die Datenschutzkommission, diese möge dem Landessschulrat für die Steiermark auftragen, alle Daten, deren Verwendung nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzrichtlinie der EU und des DSG 2000 steht und insbesondere die Sozialversicherungsnummer zu löschen bzw. für jede weitere Verwendung zu sperren. Die Beschwerde an die Datenschutzkommission bezog sich somit auf die automationsunterstützte Verarbeitung und Verwendung der Sozialversicherungsnummer des BF zum Zwecke der Bildungsdokumentation. Die Bestimmungen der §§ 3 bis 10 BDG sind somit im hier anhängigen Verfahren präjudiziell.

3. Nach § 1 Abs 1 DSG hat jedermann einen grundrechtlichen Anspruch auf Geheimhaltung der ihn betreffenden personenbezogenen Daten, soweit er daran ein schutzwürdiges Interesse, insbesondere im Hinblick auf die Achtung seines Privat- und Familienlebens hat. Als schutzwürdig gelten insbesondere Daten betreffend Angelegenheiten der Privatsphäre eines Menschen, worunter jedoch nicht nur die engere Intimsphäre, sondern etwa auch Informationen aus dem Berufsleben, die üblicherweise nicht vor einer größeren Allgemeinheit ausgebreitet werden. Dazu sind die gem dem BDG zu speichernden Daten von Schülern in Verknüpfung mit deren Sozialversicherungsnummer zweifellos zu zählen.

Beschränkungen des in § 1 Abs 1 DSG verbürgten Geheimhaltungsanspruches sind zur Wahrung berechtigter Interessen eines anderen oder auf Grund von Gesetzen zulässig, die aus den in Art 8 Abs 2 EMRK genannten Gründen notwendig sind. Durchbrechungen des Grundrechts auf Datenschutz unterliegen daher grundsätzlich einem Gesetzesvorbehalt, d.h. dass der Einzelne eine Datenweitergabe nur dulden muss, soweit ein Gesetz dazu ermächtigt, wobei der Gesetzgeber an den materiellen Gesetzesvorbehalt des Art 8 Abs 2 EMRK gebunden ist. Das bedeutet, dass der Grundrechtseingriff nur insoweit zulässig ist, als er gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft zur Erreichung eines der im Art 8 Abs 2 taxativ angeführten Zwecke (Schutz der nationale Sicherheit, der öffentlichen Ruhe und Ordnung, des wirtschaftlichen Wohl des Landes, der Verteidigung der Ordnung und zur Verhinderung von strafbaren Handlungen, zum Schutz der Gesundheit und der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer) notwendig ist.

Auch im Falle zulässiger Beschränkungen darf der Eingriff in das Grundrecht jeweils nur in der gelindesten, zum Ziel führenden Art vorgenommen werden. In dieser Wendung kommt die Vielschichtigkeit der Interessen im Bereich des Datenschutzes zum Ausdruck. Sie ist dahingehend zu verstehen, dass Beschränkungen des Grundrechts nur restriktiv gehandhabt werden dürfen und dass im Zweifel dem Geheimhaltungsgebot möglichst Rechnung zu tragen ist (*Walter/Mayer*, Grundriss des österreichischen Bundesverfassungsrechts, Rz 1491).

Auch statistische Erhebungen, wie sie die Errichtung der Bildungsevidenz auf Grundlage des BDG darstellt, die auf schutzwürdige Daten der Bürger zugreifen, stellen grundsätzlich einen Eingriff in den Geheimhaltungsanspruch des § 1 Abs 1 DSG dar. Sie können aber für das wirtschaftliche Wohl eines Landes notwendig und daher verfassungsrechtlich zulässig sein.

Dafür muss sich der Eingriff auf den erforderlichen Umfang beschränken und auch die gebotene Geheimhaltung gesichert sein (*Berka*, Grundrechte, Rz 483).

4. Die Befugnisse zur Verwendung und Verarbeitung personenbezogener Daten im BDG gehen über die Grenzen eines zulässigen Grundrechtseingriffes gem § 1 Abs 1 DSGVO iVm Art 8 Abs 2 EMRK hinaus. Sie stellen weder das gelindeste Mittel zur Verfolgung der angestrebten Zwecke des BDG dar, noch wahren sie ein angemessenes Verhältnis zwischen den Interessen der betroffenen Schüler an der Geheimhaltung ihrer personenbezogenen Daten und denen des BMBWK an einer statistischen Auswertung der Bildungsdaten wie es in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist.

Die Verpflichtung der Leiter und der Rechtsträger der Bildungseinrichtungen, dem BMBWK jene in § 6 Abs 2 definierten personenbezogenen Daten in Form von Datensätzen zu übermitteln, die zur Identifikation des betreffenden Schülers dessen Sozialversicherungsnummer enthalten, ist nicht notwendig zur Verfolgung der Ziele des BDG. Zweck der vom BMBWK zu erstellenden Gesamtevidenz der Schüler und Studierenden ist die Planung, Steuerung und Wahrung der gesetzlichen Aufsichtspflichten, die Bundesstatistik und die Verwaltungsstatistik (§ 5 Abs 1). Die EBRV führen zu den Zwecken des BDG darüber hinaus aus, dass die Bildungsstatistik erforderlich sei, um das zu veranschlagende Volumen an Ausgabeermächtigungen für Transferleistungen zu ermitteln, das Ausmaß an Lehrer-Planstellen festzulegen oder die vorhandenen Schülergesamtzahlen festzustellen. Um diese an sich legitimen Zwecke einer statistischen Erhebung zu verfolgen, ist eine Verwendung der Sozialversicherungsnummern der Schüler jedoch in keinem Falle erforderlich. Eine Gesamtevidenz der Schüler Österreichs kann auch erstellt werden, ohne dass die Schüler zur Bekanntgabe ihrer Sozialversicherungsnummer verpflichtet werden und das BMBWK diese 60 Jahre lang speichert. Die diesbezügliche Bestimmung des BDG ist daher keinesfalls erforderlich und somit überschießend.

Dies ergibt sich auch schon unmittelbar aus dem BDG. § 3 Abs 6 sieht nämlich vor, dass in jenen Fällen, in denen die Sozialversicherungsnummer der betroffenen Schüler nicht ermittelt werden kann, eine Ersatzkennzeichnung zu vergeben ist. Damit bestätigt das BDG selbst, dass die Zwecke der Gesamtevidenz der Schüler auch ohne Verwendung der Sozialversicherungsnummer erreicht werden können. Die Vergabe einer von der betroffenen Bildungseinrichtung vergebenen Ersatzkennzeichnung gem § 3 Abs 6 BDG stellt aber gegenüber der Verwendung der Sozialversicherungsnummer einen bedeutend gelinderen Eingriff in das Recht auf Geheimhaltung personenbezogener Daten dar. Die Sozialversicherungsnummer wird in einer großen Zahl von Zusammenhängen legal verwendet, weshalb eine Vielzahl von Personen (nämlich sämtliche Arbeitgeber) auf einer rechtskonformen Grundlage Zugriff zu ihr haben. Von der Ersatzkennzahl haben demgegenüber nur die betreffende Bildungseinrichtung und das BMBWK Kenntnis. Ihre Verwendung stellt daher einen bedeutend gelinderen Grundrechtseingriff dar.

Da statistische Erhebungen selbst bei legitimen Zwecken nur dann verfassungsrechtlich zulässig sind, wenn sie sich auf den erforderlichen Umfang beschränken, erweist sich schon die Pflicht zur Bekanntgabe der Sozialversicherungsnummer in § 3 Abs 6 BDG als verfassungswidrig.

Die Tatsache, dass die Sozialversicherungsnummer gem § 5 Abs 2 verschlüsselt werden muss, ist dabei unerheblich. Wie oben bereits ausgeführt ändert diese Verschlüsselung nichts daran, dass die Sozialversicherungsnummern als unmittelbare personenbezogene Daten vom BMBWK verarbeitet werden. Doch selbst wenn, wie vom BMBWK argumentiert, es zu einer bloßen Verarbeitung indirekt personenbezogener Daten käme (was ausdrücklich bestritten wird), ändert dies nichts an der Unzulässigkeit der Datenspeicherung. Denn auch indirekt personenbezogene Daten unterliegen in vollem Umfang des Grundrecht auf Geheimhaltung personenbezogener Daten gem § 1 DSG (*Dohr/Pollirer/Weiss*, DSG², Anm 9 zu § 1). Auch wenn das BMBWK nach der Verschlüsselung nur über die Bildungsevidenz-Kennzahl verfügt und diese ein indirekt personenbezogenes Datum darstellt, ist der Gesetzgeber verpflichtet, den Eingriff in das Grundrecht nach § 1 DSG auf den erforderlichen Umfang zu beschränken. Das ist im Bezug auf die vom BMBWK erstellte Gesamtevidenz der Schüler nicht geschehen.

5. Gleiches gilt in umso stärkerem Ausmaß für die gem §§ 9 und 10 BDG von der Statistik Österreich zu erstellende Bundesstatistik zum Bildungswesen und das Bildungsstandregister, denn für diese werden die Sozialversicherungsnummern in unverschlüsselter Form verwendet und bei der Statistik Österreich gespeichert. Die Notwendigkeit der Speicherung der bildungsbezogenen persönlichen Daten der Schüler unter Verwendung der Sozialversicherungsnummer durch die Statistik Österreich wird in den EBRV damit begründet, dass andernfalls eine Verknüpfung mit anderen Registern, etwa dem Zentralen Melderegister, nicht möglich wäre. Dies sei aber erforderlich, um – wie im BGD gefordert – die Bundesstatistik zum Bildungswesen und das Bildungsstandregister auch regional gegliedert führen und die Schülerströme zwischen den einzelnen Ausbildungsangeboten und innerhalb derselben (Verlaufstatistik) darstellen zu können.

Die Erstellung von regionalen Bildungsstatistiken und von Verlaufstatistiken ist jedoch auch ohne die Verwendung personenbezogener Daten der Schüler möglich. Die lokalen Bildungseinrichtungen verfügen gem § 3 Abs 1 Z 6 über die Anschriften ihrer Schüler am Heimatort und wären somit in der Lage, ohne Zugriff auf die Sozialversicherungsnummer der Schüler anonymisiert Angaben über deren regionalen Herkunft zu machen. Eine Verknüpfung der von den Bildungseinrichtungen erhobenen Daten mit jenen des Zentralen Melderegisters gem § 16b MeldeG ist zu diesem Zwecke keinesfalls notwendig. Gleiches gilt auch für die Verlaufstatistik. Auch solche könnte – da die Bildungseinrichtungen davon Kenntnis haben, welche Schulen von ihren Schüler zuvor besucht wurden – von den Bildungseinrichtungen ohne Zugriff auf die Sozialversicherungsnummern in anonymisierter Form erstellt werden.

Auch die Befugnis der Statistik Österreich, personenbezogene Daten der Schüler iVm der Sozialversicherungsnummer zu speichern, erweist sich daher als das nicht gelindeste Mittel zur Erstellung von regionalen Bildungs- und Verlaufstatistiken und verletzt somit das Grundrecht gem § 1 DSG.

6. Schließlich ist zu beachten, dass Eingriffe in das Grundrecht auf Geheimhaltung personenbezogener Daten nur in jenem Ausmaß zulässig sind, wie sie in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind. Das bedeutet, dass insgesamt ein angemessenes Verhältnis zwischen dem eingesetzten Mittel und der damit verbundenen Grundrechtsbeeinträchtigung gewahrt werden muss.

Dies ist bei den Informationseingriffen auf Grundlage des BDG nicht der Fall. Unter der Bezeichnung „Dokumentation des Bildungswesens“ wird ein zentral geführtes Register aller Staatsbürger über deren Bildungsverlauf errichtet, das weit über die Anforderungen für eine bildungspolitische Planung hinausgeht. Während eine je Bildungseinrichtung lokal geführte, geordnete Verwaltung von Schüler- und Studentendaten als notwendige Verpflichtung zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben anzusehen ist, mangelt es offenkundig an der Notwendigkeit einer Zentralevidenz, die personenbezogene Daten der Schüler speichert. Moderne Informationstechnologien lassen es ohne weiteres zu, die notwendigen Datenübermittlungen bei Schulwechseln zu organisieren und vor Ort die statistischen Angaben für eine (auch regional gegliederte) Bildungsevidenz zu sammeln, ohne dass dabei personenbezogenen Daten verwendet werden müssen.

Mit der Verknüpfung der Sozialversicherungsnummer wird die Möglichkeit geschaffen, lebenslang die Bildungsdaten der Bürger mit anderen Datensammlungen wie etwa jene des Zentralen Melderegisters (§ 10 Abs 4) oder des AMS (§ 10 Abs 3) zu verknüpfen. Die Speicherdauer von 60 (!) Jahren nach dem letzten Eintrag bewirkt dabei, dass Daten, an denen der Betroffene ein Höchstausmaß an Geheimhaltungsinteressen hat (etwa Nicht/Teilnahme am Religionsunterricht, Schulerfolg, Anzahl an Wiederholungsprüfungen, Teilnahme am Förderunterricht), de facto lebenslang gespeichert werden. Bei einem typischen Ende des Studiums mit 25 Jahren hat der Betroffene erst ab dem 85. Lebensjahr Anspruch darauf, dass die ihn betreffenden Daten zu seinem Volksschulbesuch gelöscht werden.

Insgesamt gehen die Befugnis zur automationsunterstützten Verarbeitung personenbezogener Daten im BDG weit über das hinaus, was zu Zwecken der Bildungsdokumentation in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist. Die in den §§ 3 bis 10 normierten Befugnisse des BMBWK und der Statistik Österreich sind daher unverhältnismäßig und verletzen das Recht des BF auf Geheimhaltung seiner personenbezogenen Daten gem § 1 DSG.

IV.

Der BF richtet daher an den VfGH die

A n r e g u n g ,

ein Gesetzesprüfungsverfahren einzuleiten und die in Rede stehenden Bestimmungen des BildungsdokumentationsG als verfassungswidrig aufzuheben.

V.

Es ergehen daher die nachstehenden

B e s c h w e r d e a n t r ä g e

der VfGH möge

- den angefochtenen Bescheid wegen Verletzung verfassungsrechtlich gewährleisteter Rechte aufheben sowie
- den Rechtsträger der belangten Behörde zum Kostenersatz verpflichten, wobei Kosten im gesetzlichen Ausmaß zuzüglich USt begehrt werden

Kosten werden im gesetzl. Ausmaß beantragt.